Nr. 46. XXXII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag, 26. Januar 1903.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Preußische Sparkassen und Volkswohlstand.

Bekanntlich wird die Einlagebewegung bei den Sparkassen verschieden gedeutet. Eine große Zunahme der Spareinlagen kann auf günstige wirtschaftliche Verhältnisse namentlich bei den „kleinen Leuten" hinweisen; sie kann aber auch dadurch entstehen, daß die wohlhabenden und Mittelklassen durch die Ungunst der Wirtschaftslage sich veranlaßt sahen, Kapitalien, die sie sonst in wirtschaftliche Unternehmungen gesteckt haben würden, auf die Sparkasse zu bringen, wo sie zwar nur geringe Zinsen abwerfen, aber sicher angelegt sind. Welche von beiden Erklärungen im einzelnen Falle zutrifft, ist schwer zu sagen. Einen gewissen Anhalt gibt die Bewegung der Sparkassenbücher, je nachdem die Vermehrung der kleinen oder die der größeren Konten überwiegt.

Am Schlusse des vorhergehenden Rechnungsjahres hatten die 1510 Sparkassen, auf welche sich die Statistik des Jahres 1901 erstreckt, einen Bestand von 5747,86 Millionen Mark an Einlagen. Durch Zuschreibung von Zinsen kamen 175,98 Millionen, durch Neueinlagen 1658,60 Millionen (im Vorjahre nur 1402,57 Millionen) hinzu. Die Rückzahlungen mit 1339,01 Millionen waren nur wenig größer als im Vorjahre mit 1307,20 Millionen Mark. Es ergibt sich daraus bei einem Schlußbestande von 6243,43 Millionen für das Rechnungsjahr 1901 ein Gesamtzuwachs von 495,57 Millionen, wie er noch in keinem früheren Jahre erreicht war. Selbst die nächstbesten Jahre 1895 mit 345,91 sowie 1898 mit 318,39 Millionen, ferner 1897 mit 315,04 und 1896 mit 309,31 Millionen blieben dahinter weit zurück.

An Sparkassenbüchern wurden im Berichtsjahre bei allen Kassen zusammen 1,277,926 ausgegeben und 907,623 zurückgenommen. Im ganzen verblieben 9,042,688 im Umlauf, 371,979 mehr als am Schlusse des Vorjahres, und zwar vermehrten sich

die Konten bis zu . . .	60	Mark um	96,559	Stück	=	3,99	Prozent
„ „ von über 60 bis	150	„ „	29,779	„	=	2,25	„
„ „ über 150 „	300	„ „	22,156	„	=	1,86	„
„ „ „ 300 „	600	„ „	42,143	„	=	3,16	„
„ „ „ 600 „	3000	„ „	142,633	„	=	7,05	„
„ „ „ 3000 „	10,000	„ „	83,278	„	=	11,02	„
„ „ „	10,000	„ „	4,055	„	=	11,24	„
„ „ überhaupt einschließlich der unbekannten Konten		„	371,979	„	=	4,29	„

Die ungewöhnlich große Zunahme der Einlagen beruht also auf einem bedeutenden Zugange gerade bei den größten, in der Regel nicht von sogenannten „kleinen Leuten" herrührenden Konten, während die bis zu 60 Mark zwar auch noch eine ansehnliche, die von 60 bis 150 und namentlich die von 150 bis 300 nur eine verhältnismäßig unbedeutende Vermehrung aufweisen. Immerhin wuchsen auch diese kleinen und mittleren Konten merklich schneller als die Bevölkerung, für die man einen Zuwachs von rund ein Prozent für jedes Jahr rechnen kann. Dieses Ergebnis ist um so günstiger, je enger der Spielraum für die Heranziehung neuer Sparer in einem Lande, wo bereits auf je vier Einwohner mehr als ein Sparkassenbuch entfällt, naturgemäß von Jahr zu Jahr werden muß.

---

* Die preußische Justizverwaltung hat einige der von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Heine erhobenen Vorwürfe gegen Polizei und Justiz in der amtlichen „Berl. Korresp." zu entkräften versucht. Wir wiesen damals darauf hin, daß gerade der besonders bedenkliche Fall der Frau **Rapeport** in **Altona** in der amtlichen Kundgebung mit Stillschweigen übergangen wurde. Jetzt meldet uns ein Privat-Telegramm aus Hamburg, daß die Akten des Falles Rapeport dem Justizminister zur Prüfung und Entscheidung übersandt wurden. Man darf danach hoffen, daß der Justizminister, wenn demnächst die Angelegenheit im Abgeordnetenhause zur Sprache kommt, eine allseitig befriedigende Auskunft geben kann. Besonders wäre zu wünschen, daß sich der Minister nicht damit begnügt, das formale Recht oder Unrecht der beteiligten Justizbeamten zu prüfen, sondern daß er den Zuständen in Altona, aus denen heraus sich allein die Verhaftung der Frau Rapeport mit allen skandalösen Nebenumständen erklären läßt, energisch auf den Leib rückt.

---

* Ein tiefes Unbehagen macht sich in der reaktionären Presse über den Beschluß des Bundesrates zur besseren **Wahrung des Wahlgeheimnisses** bemerkbar. So fragt die „Kreuzztg." vorwurfsvoll, ob man damit nicht wenigstens bis zum Beginn der nächsten Gesetzgebungsperiode warten könnte. Natürlich; dann hätte man die nächsten Wahlen noch nach dem bisherigen Schlendrian und unter dem erforderlichen Wahldruck zu stande bringen können. Für die nächsten fünf Jahre wäre man sicher gewesen, und bis dahin konnte sich „alles, alles wenden". Fast gewinnt man aus diesen Lamentationen den Eindruck, als sei die Wahlbeeinflussung in den Junkerparadiesen noch viel größer gewesen, als man sich in den Kulturcentren träumen ließ. Wenigstens sehen die Vertreter der Reaktion ganz auffallend trübe in die Zukunft. Sollte es nur dieser kleinen Abänderung des Wahlreglements bedürfen, um die tönernen Füße des die Reaktion repräsentierenden Kolosses zu zerschlagen und ihn damit umzustürzen? Besonders heikel wird die Haltung der reaktionären Presse dadurch, daß sie ja nicht offen ihre Sympathie für die Wahlbeeinflussung aussprechen darf. Darum fordert das große Organ der Reaktion heuchlerisch, man solle „den kleinen Gemeinden auf dem flachen Lande mehr Zeit zu den für sie schwierigen und kostspieligen Vorbereitungen lassen. Die gute „Kreuzztg." ist heiter. Die Schwierigkeiten bestehen bekanntlich in einem abgetrennten Raum, der mit dem Wahlzimmer durch eine Tür in Verbindung steht, und in Wahlkuverts. Die Kuverts werden von der Regierung geliefert, also nichts. Der isolierte Raum wird sich in den meisten Fällen wohl durch eine geeignete Auswahl des Wahlzimmers ohne die geringsten Kosten finden lassen; man braucht eben nur ein Nebenzimmer zu wählen, dessen übrige Türen man abschließt. Sollte wirklich hier und da diese Möglichkeit fehlen, dann schaffe man durch eine spanische Wand einen Isolierraum im Wahlzimmer selbst. Wo hier die Kostspieligkeit und Schwierigkeit liegt, das begreift kein Verstand der Verständigen. Uebrigens können auch diese minimalen Kosten, die etwa noch entstehen sollten, vermindert werden, wenn die ganz kleinen Gemeinden, Rittergutsbezirke u. s. w. nicht getrennt werden, sondern zu größeren Wahlbezirken zusammengelegt werden, wie es in dem liberalen Antrage gefordert wurde. Wie wäre es, wenn die „Kreuzztg." diesen Vorschlag, der ja die „kleinen Gemeinden" entlasten würde, jetzt befürwortete?

---

* Das **Duell**, in dem der schleswigsche Rechtsanwalt **Aye** von dem Bruder einer von Aye verführten jungen Dame erschossen wurde, gibt dem Freiherrn Otto v. Boenigk, dem Leiter der deutschen Antiduellliga, Anlaß zu einem beachtenswerten Rundschreiben. Der Verfasser weist darauf hin, daß es sich hier nicht um irgend eine alberne Ursache, eine Alkohol- und Ohrfeigengeschichte handelt, sondern um ernste, tief in das Leben mehrerer Familien einschneidende, die Ehre der deutschen Frau auf das empfindlichste berührende Vorgänge. Selbst der prinzipielle Duellgegner werde in diesem Falle demjenigen, der seinen Gegner erschossen hat, sein Mitgefühl, seine Sympathie nicht ohne weiteres versagen, denn einerseits trat er ein als Rächer einer Beleidigung, die nicht ihm, sondern einer ihm nahestehenden wehrlosen Persönlichkeit angethan worden ist, und zweitens hätte ihn der Duellgegner in diesem Falle nicht auf den Rechtsweg verweisen können, weil er den Getöteten auf Grund unserer Gesetzgebung nicht hätte zur Rechenschaft ziehen können.

„Und doch, so fährt die Zuschrift fort, gerade bei diesem ernsten Duellfalle tritt die Unzulänglichkeit des Duelles deutlich zu Tage. Das Resultat ist doch ein rein negatives. Der Beleidiger ist tot; kann also auch nichts mehr gut machen. Was ist denn für die Ehre der unglücklichen und genug bestraften Dame damit geschehen? Garnichts! Im Gegenteil, das Duell hat die Aufmerksamkeit der gesamten Presse auf sie gelenkt. Nur dem Begriffe der Blutrache, dessen Reste hier deutlich zu Tage treten, ist Rechnung getragen worden. Ja, zu dem vorhandenen Unglück ist noch die Gewissensunruhe getreten, das Glück vieler zerstört, was für eine Logik liegt darin, jemanden, der mich beleidigt, die Möglichkeit, ja sogar das Recht zu bieten, mich auch noch zu erschießen? Wie, wenn der erste Schuß nicht so sicher sein Ziel erreicht hätte und der zweite Schuß den anderen, den vermeintlichen „Rächer" dahingestreckt hätte? Dann wäre wieder ein Mal wie voriges Jahr in Springe der Konsens des Duells hell zu Tage getreten. Das Duell ist also, wie wir gerade hier im Fall Aye wieder erkennen, kein geeignetes Mittel, sich zu „rächen" oder die „Ehre" irgendwie zu wahren. Es ist zu unlogisch, weil es den Ausgang völlig dem Zufall in die Hand legt. Es macht den Ausgang von Bedingungen, die gar nichts mit der Ehre zu tun haben, abhängig; es verursacht nur noch das Unglück, und man vergleiche nur die letzten schrecklichen Fälle, um sich zu überzeugen, daß das Duell eine Lösung des Konfliktes nicht herbeizuführen vermag."

So weit stimmen wir der Zuschrift völlig zu. Dagegen scheint es uns nicht angebracht, auch im vorliegenden Falle gleich wieder nach dem Strafrichter zu rufen. Es klingt ja sehr schön, wenn Freiherr v. Boenigk fordert, daß die mangelhaften Gesetze verbessert werden und ein energischer Schutz der Frauenehre jeden Buben entweder im Zaume hält oder einer custodia inhonesta inhonestissima zuführt. „Eine neue lex Aye ist aber um so weniger nötig, als in der am 25. Juni 1900 erlassenen Novelle zum Strafgesetzbuch, der lex Heinze, das Schutzalter für verführte Mädchen von 16 auf 18 Jahre hinaufgesetzt worden ist. Darüber noch hinausgehen wäre um so unangebrachter, als es nicht immer der Mann ist, welcher verführt. Auch die Forderung einer strengeren Sühne für Beleidigungen ist noch ein Rudiment jener Anschauung, welcher das Duell sein Dasein verdankt.

---

* **Zwischen** dem Bevollmächtigten Venezuelas **Bowen** und den **Vertretern Englands, Deutschlands und Italiens** sind in Washington schriftliche Erklärungen wegen **Aufhebung der Blockade** ausgetauscht worden. Danach haben die drei Vertreter die sofortige Aufhebung der Blockade zugesagt, sobald zwischen ihnen und Bowen Abkommen mit den von den Mächten aufgestellten Bedingungen abgeschlossen sind. Diese Bedingungen betreffen namentlich die von Venezuela zu leistenden Garantien. Venezuela hat einen Teil der Zolleinkünfte von La Guaira und Puerto Cabello angeboten.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Carracas erklärte ein früherer venezolanischer Finanzminister, die Meldung, daß deutsche Kapitalisten durch Vermittelung der Diskontogesellschaft Venezuela 50 Millionen Francs bar geliehen hätten, sei falsch.

Der „Daily Telegraph" schreibt: Wenn die Besatzung des Forts San Carlos das Feuer auf die deutschen Kreuzer eröffnet hat, so waren diese ganz in ihrem Recht, wenn sie die Kanonen des Forts zum Schweigen brachten. Zweifellos würden englische Kapitäne ebenso vorgegangen sein.

* * *

Washington, 25. Januar. (W. T. B.) Bei einer Uebung im Stockfechten hat **Präsident Roosevelt** am Donnerstag einen **Stoß gegen das Handgelenk** erhalten. Gestern war die verletzte Stelle bereits in besserem Zustande. Wahrscheinlich wird der Präsident binnen wenigen Tagen ganz hergestellt sein.

Ein Briefwechsel zwischen Thiers und dem Feldmarschall v. Manteuffel.

In der letzten Sitzung der französischen Akademie machte Ferdinand Brunetière von einem bisher fast ganz unbekannt gebliebenen Briefwechsel Mitteilung, der in den Jahren 1871/73 zwischen Thiers und den diplomatischen Vertretern Frankreichs in Berlin und beim Oberkommando der deutschen Okkupationsarmee und mit dem Feldmarschall v. Manteuffel, dem Oberbefehlshaber der Okkupationstruppen, und anderen namhaften Persönlichkeiten aus jener Zeit stattgefunden hat. Der „Temps" veröffentlicht einen Teil dieser Briefe, und wir geben davon den charakteristischen Briefwechsel zwischen Thiers und dem Feldmarschall v. Manteuffel wieder.

Thiers eröffnete die Korrespondenz mit folgendem Briefe:

„Versailles, 1. Juli 1871.

Exzellenz!

Se. Majestät der deutsche Kaiser konnte wirklich keine glücklichere, auch speziell für uns glücklichere Wahl treffen, als er aus den Reihen seiner hervorragendsten Offiziere gerade Sie dazu ausersah, ihn bei uns zu vertreten. Mit lebhafter Befriedigung habe ich erfahren, daß ich mit Ew. Exzellenz die heiklen Fragen, die die Lage mit sich bringen kann, zu erörtern haben werde, und ich hoffe, daß sie alle zur gegenseitigen Befriedigung beider Nationen ihre Lösung finden werden. Was mich betrifft, so werde ich mich sehr geschmeichelt fühlen, wenn sich mir die Gelegenheit bieten wird, Ew. Exzellenz persönliche Bekanntschaft zu machen. Ich bitte Sie, in diesem Falle im Hotel der Präsidentschaft Quartier nehmen zu wollen, wo Sie jedenfalls bessere Unterkunft finden werden als in den Versailler Gasthöfen. In dieser Hoffnung ersuche ich Ew. Exzellenz, die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung entgegenzunehmen.

A. Thiers."

Manteuffel antwortete noch am selben Tage in gleichem Tone, und zwar in französischer Sprache:

„Compiegne, 1. Juli 1871.

Exzellenz!

Ich bin eigentlich nicht im stande, einen französischen Brief zu schreiben, aber mein Freund — ich darf ihm diesen Namen wohl geben — Leopold v. Ranke hat mir gesagt, daß Ew. Exzellenz das Deutsche nicht gern lesen, und so danke ich denn, so gut ich es eben kann, in französischer Sprache Ew. Exzellenz für den liebenswürdigen Brief, den mir zu schreiben Sie die Güte hatten. Ich habe außerdem Herrn d'Hérisson gebeten, bei Ihnen der Dolmetsch meiner Gefühle zu sein und Ew. Exzellenz zu sagen, daß ich nur Ihre Befehle bezüglich des Tages abwarte, an dem ich die Ehre haben kann, mich Ew. Exzellenz in Versailles vorzustellen. Ich bitte Ew. Exzellenz, die Versicherung meiner vollkommenen Ehrfurcht zu genehmigen.

E. v. Manteuffel."

Der Besuch in Versailles, der bald darauf stattfand, scheint ein vortreffliches Einvernehmen zwischen dem General und dem Präsidenten angebahnt zu haben, und Thiers säumte nicht, im Interesse seiner Landsleute die guten Dispositionen Manteuffels zu verwerten. Es erhellt dies aus folgender Erwiderung des deutschen Oberbefehlshabers auf ein Thiersches Schreiben:

„Compiegne, 11. Juli 1871.

Herr Präsident der vollziehenden Gewalt!

Von Herzen danke ich Ew. Exzellenz für den liebenswürdigen Brief, den Sie mir gestern schrieben, und den Herrn de Pitivlle mir heute überbracht hat. Ich beehre mich, Ew. Exzellenz zu antworten, daß ich die nötigen Recherchen wegen des Aufenthaltes des Herrn Thiers anstellen lassen werde, außerdem habe ich bereits Befehl gegeben, daß die militärpolizeilichen Maßnahmen in Nancy aufhören. Die Vermutung Ew. Exzellenz, daß ich den wirklich Schuldigen nicht in Händen habe, ist zutreffend. Es wird also keine Exekution stattfinden, denn bei aller meiner preußischen Barbarei bin ich doch nicht barbarisch genug, um auf bloßen Verdacht hin jemand exekutieren zu lassen. Ich kann Ew. Exzellenz nicht sagen, welchen Widerhall die von Ihnen aufgestellten Prinzipien in meinem Herzen finden. Ich wiederhole Ew. Exzellenz die Versicherung, daß es mein lebhafter Wunsch ist, mit ganzer Kraft dazu beizutragen, daß die Kriegskalamitäten zum Abschluß kommen und das Blutvergießen aufhört. Ich sage Ihnen ganz offen, daß ich auf das Urteil der Männer, die in der Geschichte eine Rolle spielen werden, Wert lege, — und so wünsche ich auch nicht, daß Herr Thiers seine Meinung über mich ändert. Mit Freuden werde ich Herrn de St. Vallier und Herrn Mondeau empfangen, denn da sie von Ew. Exzellenz mir empfohlen sind, genießen sie von vornherein mein volles Vertrauen. Zum Schluß muß ich Sie wegen meines Gekritzels um Entschuldigung bitten. Seit gestern hat mir Fürst Bismarck französische Federn geschickt, und wenn ich mich ihrer bedienen werde, werden Ew. Exzellenz wirkliches Französisch lesen, während, wenn ich in meinen Patois schreibe, Sie nicht französisch, sondern mich lesen werden. Ich glaube, daß Ew. Exzellenz das letztere im Interesse der res publica vorziehen und mir daher die Dreistigkeit verzeihen werden, Ihnen in meinem Französisch zu schreiben. Genehmigen Sie, Herr Präsident der vollziehenden Gewalt, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und meiner tiefen Verehrung.

E. v. Manteuffel."

In seiner Antwort, datiert Versailles, 18. Juli, bemerkt das französische Staatsoberhaupt unter anderem:

„Herr General! Ich weiß nicht, welche Federn Herr v. Bismarck Ihnen geschickt haben mag, aber diejenigen, deren Sie sich zuvor bedienten, waren vollkommen ausreichend französisch. Sie würden übrigens in allen Sprachen für ebenso verständig wie geistvoll gehalten werden. Ich bin erfreut über die Art des Verkehrs, der zwischen uns sich angebahnt hat, und ich hoffe, daß er zur Erhaltung des Friedens beitragen wird. Jedenfalls wird er dazu beitragen, die jetzigen beiderseitigen Beziehungen freundlich zu gestalten und der Bevölkerung sowohl unnütze Geldausgaben wie bedauerliche Härten zu ersparen. . . . Ich bin überzeugt, daß wir uns immer besser verstehen werden. Ich wünsche es gleicherweise als Mensch und als Bürger; denn vom rein menschlichen Standpunkt wird jeder den Wunsch hegen, mit Ihnen im Einvernehmen sich zu befinden, und als Bürger muß ich sagen, daß eine solche Entente für beide Länder vom höchsten Wert ist."

Dieser durch den „Temps" gelieferte Auszug aus dem Briefwechsel Thiers' läßt es in hohem Maße erwünscht erscheinen, daß die gesamte Korrespondenz baldigst der Oeffentlichkeit übergeben wird.